

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/260 - 17. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Wenn wir der Krieg für unvermeidbar halten"</u> Herr von Hassel und die Sozialdemokratie	29
2 - 4	<u>Krankes Gesundheitsministerium</u> Bourner Komödie um Wasser, Luft und Lärm Von Werner Jacobi, MdB	110
5 - 6	<u>Finnland unter Moskauer Druck</u> Die Hintergründe der finnischen Krise Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	67
7 - 8	<u>Der Balkan - und der Moskauer Parteikongress</u> Die Rolle Albaniens in griechischer Sicht Von Dr. Basil Mathiopoulos	70

* * *

* *

Zur Beachtung:

Wegen technischer Betriebsumstellung erscheint die nächste Ausgabe unseres Presseendienstes am Montag, dem 20. November 1961.

"Wenn wir den Krieg für unvermeidbar halten"

Herr von Hassel und die Sozialdemokratie

sp - Herr von Hassel, Leiter eines verlorenen CDU-Wahlkampfes und zurückgedrängter Kronprätendent Adenauers, hat in der CDU-offiziösen "Politisch-Soziale Korrespondenz" seinen durch politische Dürftigkeit entstandenen Seelenschmerz abgeschlagen. Er meint, eine Allparteienregierung sei erst sinnvoll, "wenn wir den Krieg für unvermeidbar halten."

Die alten Deutschnationalen des Kaiserreiches hatten eine Entschuldigung, als sie genau so dachten, wie Herr von Hassel im Jahre 1961. Sie kannten die Sozialdemokraten noch nicht, weil ihre Eltern ihnen verboten hatten, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu studieren, oder weil es in ihren Kreisen für unfein gehalten wurde, Kenntnis von einer anderen als der Geschichte des Hohenzollernhauses zu haben. Herr von Hassel ist jedoch in diesem Jahrhundert geboren. Seine Freunde behaupten sogar von ihm, er lese gelegentlich auch Bücher. Aber selbst wenn diese Behauptung nicht zutreffen sollte, bleibt die Frage offen, ob Herr von Hassel noch nie etwas davon gehört hat, dass seit einigen Jahrzehnten Sozialdemokraten in Regierungen sind, ohne dass der Krieg "für unvermeidbar gehalten" wird. Herr von Hassel braucht sich nur in seiner unmittelbaren Nachbarschaft umzusehen.

Aber lassen wir das Spötteln. Die Dankweise des Herrn von Hassel besagt, dass Sozialdemokraten nur "gut" sind, wenn sie verfahrenere Karren aus dem Dreck gezogen werden muss. Auf die Idee zu kommen, mit a l l e n demokratischen Kräften eine Politik zu entwickeln, die den Krieg - soweit es in deutscher Hand liegt - a u s s c h l i e s s t, liegt dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein ganz offenbar völlig fern.

Es gibt in der Bundesrepublik nicht wenige Bürger, die Herrn von Hassel für einen Politiker halten; er selbst hält sich sogar für einen Staatsmann. Das deutsche Volk hat in seiner jüngsten Geschichte schon mehrfach ähnliche Irrtümer teuer bezahlen müssen.

Krankes Gesundheitsministerium

Bonner Komödie um Wasser, Luft und Lärm
Von Werner Jacobi, MdB

Zu den vielen Ungereimtheiten der Regierungsbildung gehört auch die Schaffung eines Ministeriums, das zwar einen wohlansprechenden Namen trägt, über dessen exakten Aufgabenbereich jedoch kein klares Bild zu gewinnen ist. Wir meinen das Bundesministerium für Gesundheitswesen, das gleichsam dem Zufall seine Entstehung verdankt. Seine Väter waren die rebellierenden Frauen in der CDU-Fraktion, doch muß sehr bezweifelt werden, ob sie der nunmehr doch noch zu Ministerehren gekommenen Kollegin Dr. Schwarzhaupt letztlich einen Dienst erwiesen haben. Die Volksgesundheit ist sicherlich eine Sache, die das Schweißes der Edlen wert ist, doch vorerst sieht es so aus, als ob zunächst erst einmal intriganter Bürokratenschweiß vergossen wird, um eine wirksame Kompetenzbündelung zugunsten des neuen Ministeriums zu verhindern statt sie ihm einzuräumen.

Da haben wir seit Jahren dank der allgemeinen Erkenntnis, daß die immer weiter um sich greifende Verschmutzung unserer Gewässer verstärkter Anstrengungen bedarf, den Ruf nach einer Koordinierung der unter die verschiedenen Bundesressorts verteilten Aufgaben. Mit der Berufung des Abgeordneten Kraft als Sonderminister wurde vor vielen Jahren ein erster Schritt in dieser Richtung getan. Zu Beginn der 3. Legislaturperiode des Bundestages schien der Weg konsequent weiterverfolgt zu werden. Professor Dr. Balke wurde beauftragt, neben dem Bereich der Atomkernenergie auch den der Wasserwirtschaft federführend zu übernehmen. Hierbei war das laut erklärte Ziel, eine Konzentration der Fragen des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft innerhalb der Bundesregierung zu erreichen.

In den Anfängen stecken geblieben

Als bald zeigte sich jedoch, daß unter den betroffenen Bundesressorts alles andere als die freudige Bereitschaft zu einer entsprechenden selbstlosen Zusammenarbeit bestand. Nicht besser wurde

die Lage dadurch, daß die Mehrheit des Haushaltsausschusses sich der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung versagte. Die erstrebte Konzentration blieb in den Anfängen stecken.

Diese bedauerliche Tatsache wird heute von gewissen Seiten dem in den vergangenen Jahren im Stich gelassenen Minister Balke angelastet. Sie sei es auch, so hört man von dorther, die zu dem Entschluß geführt habe, den Aufgabenbereich in das neugebildete Ministerium für Gesundheitswesen einzubauen.

Solche und ähnliche Verlautbarungen stellen die Tatsachen geradezu auf den Kopf.

Noch vor einigen Wochen hat Minister Balke eine Art Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. In dem von ihm in seiner Eigenschaft als Präsident der "Vereinigung Deutscher Gewässerschutz" entscheidend mitgestalteten und mitgezeichneten Memorandum "Wasser - auch ein Politikum" findet sich eine systematische Aufzählung der Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit. Der Katalog der aufgeführten Sünden reicht von der Feststellung der mangelhaften Ordnung unseres Wasserschatzes bis zu einer massiven Kritik der nach wie vor bestehenden Zersplitterung der Wasserwirtschaftspolitik.

Aber es bleibt nicht bei der Kritik. Punkt für Punkt werden Wege zur Verbesserung der Zustände gewiesen. Den Schluß der Einzelaufzählungen bildet die konsequente Forderung nach einer bundeseinheitlichen Wasserpolitik. Da heißt es wörtlich:

Eine für das Bundesgebiet einheitliche und gezielte Wasserpolitik muß durch rechtliche und organisatorische Maßnahmen unverzüglich ermöglicht werden. Durch eine Änderung des Grundgesetzes ist dem Bund auf dem Gebiet des Wasserrechts zumindest die konkurrierende Gesetzgebung einzuräumen. Die Bundesregierung muß ihre wasserwirtschaftlichen Aufgaben letztlich in einem Bundesministerium für Wasserwirtschaft besser als bisher zusammenfassen. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung dafür, daß wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die sich über das Gebiet eines Bundeslandes hinaus erstrecken, sinnvoll koordiniert werden.

17. November 1961

War der Präsident der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz vielleicht doch zu konsequent, zu ehrlich und zu radikal, um mit solchen Feststellungen gewissen Kreisen noch als Wasserminister genehm sein zu können? Oder ist die an seinen bisherigen Funktionen vorgenommene Teilamputation wirklich nur die zufällige Folge einer Ressortneuverteilung, bei der die Verlegenheit oder ein plötzlicher Gedanke Pate stand?

Wie dem immer auch sei, was sich jetzt dort enthält den Stoff für eine Komödie und macht es schwer, keine Satire zu schreiben.

Ein Federstrich genügt

Ein Federstrich hat ausgereicht, um die Worte "und Wasserwirtschaft" auf dem Amtsschild des Balkeministeriums zu streichen. Aber niemand in Bonn weiß, was nun positiv im Sinne der Weiterführung einer Bundeswasserpolitik geschehen soll. Selbst die Frage, ob die bisherige Gruppe Wasserwirtschaft geschlossen in das neue Ministerium eingegliedert werden wird, scheint noch nicht positiv entschieden zu sein. Das aber wäre das mindeste, was geschehen müßte, wenn nicht eine Rückwärtsentwicklung eintreten und das alte Neber- und Gegeneinander der verschiedensten Bundesressorts nicht wieder fröhliche Urständ feiern soll.

Gelingt es nicht, die Gruppe Wasserwirtschaft des bisherigen Bundesministeriums für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft geschlossen in das neue Ministerium zu überführen und in diesem den Minister Balke versagten personellen und finanziellen Ausbau zu erreichen, so bleibt nur die Feststellung übrig, daß die schweren Geburtswehen, unter denen die Koalitionsbildung gelitten hat, schon jetzt mindestens eine Mißgeburt zur Folge hatten.

Klare Kompetenzentscheidungen tun not. An ihnen wird man abmessen können, ob die Bundesregierung eine Politik der großen Worte macht oder ob es ihr wirklich ernst mit einer Bekämpfung der Verunreinigung des Wassers und der Luft sowie des Lärmes ist.

Erbärmliche Stümperei

Bisher scheint nur festzustehen, daß die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums zu Frau Dr. Schwarzhaupt übergeht. Sie wird ihre Kernmannschaft bilden. Die längst fällige Krankenversicherungsreform aber bleibt nach wie vor in der Zuständigkeit des Herrn Blank, wohl auch der Arbeitsschutz, mit dem wichtige Fragen der Lufthygiene und des Lärmschutzes verbunden sind. Wozu also eigentlich soll das neue Ministerium dienen? Was ist das alles doch für eine erbärmliche Stümperei, für ein konzeptionsloses Jonglieren mit Zuständigkeiten, die keine zu sein scheinen. Fürwahr, es sieht recht ungesund mit dem kombastisch angekündigten Ministerium für Gesundheitswesen aus. Es sei denn, daß die Bundesregierung sich doch noch zu einem entscheidenden Kurswechsel aufrafft und ihrem sträflichen Leichtsinne die tätige Reue durch die Präsentation einer in sich abgewogenen, geschlossenen Konzeption folgen läßt.

Wir haben Zweifel, daß dies geschieht. In jedem Falle werden wir die Entwicklung aufmerksam verfolgen und sie, falls sie zu Leerlauf und Rückschritt führt, erbarmungslos anprangern.

Finnland unter Moskauer Druck

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Der Beschluss des Präsidenten Kekkonen, den finnischen Reichstag aufzulösen und die Parlamentswahlen vorzuverlegen, hebt Finnlands sehr schwierige Lage hervor als das Land inmitten der nordischen Scheidelinie zwischen Ost und West. Moskau behauptet, in Finnland seien politische Kräfte am Werk, die dem bisherigen Kurs gegenüber der Sowjetunion entgegenarbeiten. Darum verlangen die Russen möglichst bald "Garantien" dafür, dass dieser Kurs - der Kurs des verstorbenen Präsidenten Paasikivi und der des derzeitigen Präsidenten Kekkonen - aufrechterhalten bleibt. Nur unter dieser Bedingung wird Finnland der in der Sowjetnote von Anfang November unter Bezug auf den finnisch-russischen Beistandspakt vom Jahre 1948 angedeuteten militärpolitischen Zusammenarbeit mit Moskau möglicherweise entgegenkommen können.

Dieser neue sowjetische Schachzug ist eine klare und offene Einmischung in die bevorstehenden finnischen Präsidentenwahlen. Moskau weiss, dass Kekkonen ganz und gar der Mann der Paasikivi-Linie, d.h. der Moskau-orientierten Neutralitätslinie ist, und deshalb wünscht er seine Wiederwahl. Kekkonens ernst zu nehmender Gegenkandidat ist Justizkanzler Olavi Honkka, der von der sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Oppositionsparteien nominiert ist. Aber die Sozialdemokraten in Finnland sind für die Russen der "Erzfeind", und Honkka gilt nach der absurden Auffassung Chruschtschows als ein Mann, der Finnland in ein neues Kriegsabenteuer stürzen werde...

Das ist der Gedankengang, der hinter der Forderung von "Garantien" für eine freundschaftliche Aussenpolitik liegt. Damit ist auch eine Zurückdrängung der erweiterten handelspolitischen Beziehungen Finnlands zur westlichen Welt gemeint. Aber wie kann Moskau erreichen, dass die 300 finnischen Wahlmänner, die im Januar gewählt werden, mit Sicherheit Kekkonen wiederwählen? Nur durch Erzeugung einer aussenpolitischen Zwangslage, die die Wahlmänner dazu bringen soll, Kekkonen tatsächlich wiederzuwählen. Aber Moskau verlangt auch "Stabilisierung" der innerpolitischen Zustände in Finnland. Unter Berücksichtigung dieser Forderung haben

Kekkonen und die Regierung beschlossen, die Reichstagswahlen fünf Monate vorzuverlegen, was bedeutet, dass Parlamentswahlen und Präsidentschaftswahl "koordiniert" werden.

Aber können Neuwahlen vor diesem Hintergrund eine innenpolitische Stabilisierung herbeiführen? Die politischen Zustände Finnlands waren seit Jahren chronisch instabil. Im Jahre 1958 wurde der sozialdemokratische Ministerpräsident Fagerholm durch sowjetische Drohungen und Maßnahmen zum Rücktritt gezwungen. Seitdem hat die Agrarpartei allein eine Reihe von Regierungen geleitet, obgleich diese Partei über weniger als ein Viertel der Reichstagssitze verfügt. Aber die Agrarpartei ist Kekkonens Partei, "die Partei der Kekkonen-Linie", weshalb es eine staatspolitische Notwendigkeit war, dass diese Partei an der Macht blieb. Nach normalen politischen Spielregeln hätten die Volksdemokraten (so nennen sich die finnischen Kommunisten) eigentlich eine leitende Regierungsrolle spielen müssen, weil sie die grösste Partei Finnlands sind (50 Sitze von 200). Die Aufnahme der Kommunisten in eine Regierung war aber eine psychologische und innenpolitische Unmöglichkeit. Stattdessen hat die Agrarpartei mit parlamentarischer Unterstützung der Kommunisten (und der Linkssozialisten) regiert. Nur dadurch war es den wechselnden Ministerpräsidenten der Agrarpartei möglich, die Schanze zu halten. Die Sozialdemokraten (drittgrösste Partei) und die bürgerlichen Oppositionsparteien waren parlamentarisch gelähmt. Jeder Versuch seit 1958, eine Allparteienregierung ohne die Kommunisten zu bilden, blieb vergeblich.

Wird dies wieder möglich sein nach den jetzt vorverlegten Reichstagswahlen? Kekkonen und Ministerpräsident Kivittunen hoffen dies. Die Alternative wäre die von Moskau zwischen den Zeilen (und hinter verschlossenen Türen sicher ganz offen) ausgesprochene Forderung, die finnischen Kommunisten in die Regierung aufzunehmen. Diese Aussicht ist für die Mehrheit der Finnen nicht weniger bedrohlich als das gemeinsame finnisch-russische Militärkommando. Der finnische Ministerpräsident hat völlig recht, wenn er sagt, die bevorstehenden Wahlen konfrontierten Finnland mit einer Lage, die nach dem Kriege noch nie so ernst war. Die Alternative der Wahlen scheint klar zu sein: entweder "Garantien" durch sehr starke Hervorhebung der Kekkonen-Linie oder Kommunisten in der Regierung.

+ + +

Der Balkan - und der Moskauer Parteikongreß

Von Dr. Basil Mathopoulos

Das ohnehin schillernde Staatengemisch der Balkanhalbinsel fixierte nach dem 22. Parteikongreß der KPdSU die charakteristischen Merkmale einander widersetzlicher Regierungsformen und ideologischer Ausrichtungen. Die Folgen sind je nach Standort und Perspektive des Beobachters verschieden. Generell kann gesagt werden, daß die gegenwärtige Lage - deren Endgültigkeit wohl niemand ernsthaft behauptet - das Resultat einer Entwicklung ist, die 1948 ihren Anfang nahm, als die Emanzipierungsbestrebungen Titos den stalinistischen Monolithismus den ersten Stoß versetzten. Als es dann vor einem Jahr allen Beobachtern östlicher Gärungen klar wurde, daß Albanien endgültig seine Sympathien für die rotchinesische Interpretation des Kommunismus entdeckte, war die kommunistische Dreiteilung auf dem Balkan fertig. Neben dem Brückenkopf Peking's auf dem europäischen Kontinent wahrt Jugoslawien ungeachtet der bunten Reihenfolge sich abwechselnder Zeiten der Annäherung und Entfremdung seine nationalkommunistische Unabhängigkeit vom Krenl. Dritte im Bund(?) sind das Moskautreue Bulgarien und Rumänien, das sich allerdings mit der Abschaffung alter stalinistischer Elemente nicht beeilt. Der kommunistischen Trias stehen als Vertreter des Westens die beiden NATO-Mitglieder Griechenland und die Türkei gegenüber. Beide haben Regierungsformen, deren rein demokratischer Charakter nicht sehr hieb- und stichfest scheint. Beide haben in Bewältigung der Vergangenheit erst noch einen demokratischen Entpuppungszustand zu durchlaufen.

Ist der Balkan als ganzes ein irritierender Spiegel der weltpolitischen Lage, im Brennpunkt der Auseinandersetzung steht zweifellos Albanien. Gleich ob man es ernst nimmt oder nicht, die Laus in Pelz des sowjetischen Bären ist nach dem Moskauer Parteikongreß nicht nur Gegenstand ideologischer Spiegelfechterei geworden, sondern Austragungsort machtpolitischer Gegensätze. Es war zu erwarten, daß Enver Hodsche, der allgewaltige Parteiboss der KP Albanien's wegen der Uasargung Stalins keine kalten Füße bekäme. Unverblümt

17. November 1961

kontierte er die Anklagen Chruschtschows, indem er einen eigenen Parteikongreß einberief, die Angriffe im Rahmen der Entstalinisierung als Verleumdung hinstellte und als Auswüchse eines Moskauer Revisionismus anprangerte. Moskau bagatellisiert diese Ausfälle nicht.

Der Krenl weiß um die Grußbotschaft aus Peking, in der der KP Albanien versichert wird, daß sie den "richtigen Weg" gehe. Das ist keine theoretische Beurteilung, sondern eine unverhüllte Kampfansage Pekings an Moskau. Die scharfe Auseinandersetzung zwischen Moskau und Pirana, deren Phraseologie an die Spannungen zwischen Tito und Stalin erinnert, ist praktisch ein 'Dialog' zwischen Peking und Moskau via Albanien als Empfänger und Absender gegenseitiger Angriffe.

Aus Athener Perspektive ergeben sich bereits seit zwei Monaten besorgniserregende Schatten. Es wurde festgestellt, daß die im Exil lebenden griechischen Kommunisten, deren Zahl auf 15 000 geschätzt wird - nach ihrem dritten gescheiterten Umsturzversuch mußten sie 1949 das Land verlassen und verteilten sich damals auf alle ostbalkanischen - , sich an kritischen Punkten an der Grenze zwischen Griechenland und Bulgarien sammeln. Man hat in Athen nicht vergessen, daß besonders von 1946-49 während des Bürgerkrieges Albanien, Jugoslawien und Bulgarien für die kommunistischen Aufständischen immer eine offene Tür hatten. Allerdings bildet die neue Situation in Albanien keine Voraussetzung für einen etwaigen Umsturzversuch in Griechenland.

Trotzdem bleibt Albanien seiner Rolle treu und ist ein sprechendes Beispiel, welche Folgen es hat, wenn sich ein kleiner Staat vor den Tagen der Großen spannen läßt. 1919 wurde Albanien als künstliches Staatsgebilde von den Großmächten aus der Taufe gehoben und trug dann wesentlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf dem Balkan bei. Albanien war damals der Brückenkopf der imperialistischen Politik Mussolinis. Für Griechenland hat es - abgesehen von dem starken griechischen Bevölkerungsanteil - Bedeutung als Korridor zum Mittelmeer. Deshalb hat Italien sich einen gewissen Einfluß auf die Verhältnisse in Albanien gesichert und unterstützt die Tätigkeit der in Italien lebenden albanischen Exilpolitiker.

Es ist noch nicht zu übersehen, ob der Krenl auf einer harten Lösung der albanischen Frage zu seinen Gunsten besteht, der sich wegen Pekingas mit dem Status quo begnügt. Das Fußfassen Pekings an der Adria hat auf jeden Fall die sowjetischen Pläne auf dem Balkan lahmgelegt.

* * *